

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Ich erteile das Wort der Kollegin Monika Lazar für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Monika Lazar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fußball-WM hat endlich begonnen. Normalerweise hätten wir heute Mittag schon über dieses Thema diskutiert, wenn die Unionsfraktionen nicht so großen Beratungsbedarf gehabt hätten.

(Michael Brand [Fulda] [CDU/CSU]: Lebendige Fraktionsgemeinschaft!)

So ist es natürlich top platziert während des ersten Spiels.

Das Austragungsland Russland – das wurde von einigen Rednerinnen und Rednern schon angesprochen – ist kein ganz unproblematisches Land: Das gilt für die Außenpolitik, die Menschenrechtslage ist prekär, und auch die Pressefreiheit ist stark eingeschränkt. Deshalb war es uns als grüner Fraktion wichtig, darauf explizit hinzuweisen. Und: Der Sofortabstimmung hat auch keine Fraktion widersprochen. Deshalb ist es einfach Unsinn, zu sagen, man hätte darüber auch reden können. Wir hatten das Thema vorab im Sportausschuss behandelt. Deshalb sehe ich das Problem überhaupt nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Britta Katharina Dassler [FDP])

Ich bin froh, dass niemand hier im Raum einen Boykott fordert; denn das wäre kontraproduktiv. Ich selber kann mich noch gut an die wechselseitigen Boykotte bei den Olympischen Spielen 1980 in Moskau und 1984 in Los Angeles erinnern. Sie brachten niemandem etwas. Stattdessen sagen wir: Wenn Politikerinnen und Politiker nach Russland zu den Spielen reisen, dann ist es wichtig, dass man Gespräche mit verschiedenen NGOs und Oppositionsgruppen in die Reise einbettet.

(Eberhard Gienger [CDU/CSU]: Selbstverständlichkeit!)

Ich habe von einigen Fraktionen gehört, dass das auf Zustimmung trifft. Es kann sein, dass Abgeordnete oder Ministerinnen und Minister zur WM reisen werden. Daher ist es gut, dass wir mit unserem vorliegenden Antrag dafür sorgen, dass wir über dieses Thema noch einmal reden. Natürlich ist es auch gut, wenn Fußballfans, die nach Russland reisen, Land und Leute kennenlernen, miteinander ins Gespräch kommen. Auch das kann dazu dienen, dass unsere beiden Länder wieder mehr ins Gespräch kommen und zueinanderfinden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Frank Schwabe [SPD])

Wenn wir über die WM reden, müssen wir auch über Doping reden. Zum einen sind da die Enthüllungen über das russische Staatsdopingsystem. Da hätte man sich vom Gastgeber vorab schon mehr Willen zur Aufklärung gewünscht. Die Inhalte des McLaren-Berichts müssen schließlich auch von russischer Seite endlich anerkannt werden.

(Beifall des Abg. Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die FIFA ist aber natürlich auch in der Pflicht. Während der Endrunde der WM wird die FIFA selbst Dopingkontrollen durchführen. Also: Der Sport kontrolliert sich selbst. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt! Auch das hat die Nationale Anti Doping Agentur vor einer Woche kritisiert; auch das müsste anders werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die WM-Doppelvergabe an Russland und Katar durch die FIFA ist ja schon angesprochen worden. Da gibt es zu Recht massive Korruptionsvorwürfe. Wir Grüne haben in der letzten Wahlperiode in einem umfangreichen Antrag dargelegt, wie wir uns die Reformen hinsichtlich der Vergabe von Sportgroßveranstaltungen vorstellen. Menschenrechtliche, bürgerrechtliche und ökologische Standards müssen bei der Vergabeentscheidung verpflichtend berücksichtigt werden. Damit das Misstrauen gegenüber FIFA und IOC abgebaut wird, sind glaubhafte Reformen sehr wichtig, und Sportgroßereignisse müssen endlich mal wieder an demokratische Gesellschaften vergeben werden.

Es hat sich in den letzten Jahren zum Glück etwas getan. Das haben wir auch im Sportausschuss letzte Woche mitbekommen, wo Vertreter von DFB und Transparency International berichtet haben, wie sie bei dem Bewerbungsprozess für die EM 2024 zusammenarbeiten. Jetzt müssen den Worten allerdings Taten folgen. Wir müssen die Sportverbände an den Taten messen. Die Zivilgesellschaft muss beteiligt werden; aber auch wir Politikerinnen und Politiker müssen weiterhin Druck machen, damit die Reformen endlich durchgesetzt werden.

Vielen Dank.